

Von wegen „bellissimo“

HINTERGRUND: Italiens alte Probleme sind zurück und der Streit in der Regierungskoalition nimmt zu



Gedämpfte Stimmung zwischen den Vizepremiers Luigi Di Maio (5 Sterne, links) und Matteo Salvini (Lega, rechts): Vor den Europawahlen schwächen Querelen zwischen den Koalitionspartnern die Regierung. Einig sind sich M5S und Lega in ihrer Feindschaft zu Finanzminister Giovanni Tria, der als Parteiloser versucht, einen mäßigenden Ton in die Politik zu bringen.

ANSA/Fabio Frustaci

Mit hohen Staatsausgaben will die Regierung in Rom Italiens schwächelnde Wirtschaft in Schwung bringen. Warnungen werden immer lauter. Manch einer meint, die Regierung habe keinerlei Plan.

Anfang Februar sprach Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte noch davon, wie „bellissimo“ das Jahr 2019 werde. Knapp 3 Monate später wirkt der Optimismus ziemlich unangebracht. Denn „wunderschön“ ist gerade überhaupt nicht das Wort, das die wirtschaftliche Entwicklung der Nation beschreibt.

Die Sorgen der anderen

Als einziges Land innerhalb der Europäischen Union und der G7-Staaten ist Italien 2018 in eine Rezession gerutscht. Und die populistische Regierung verschlechtert die Dinge noch – zumindest nach Ansicht des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung (OECD).

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zeigte sich bei einem Besuch in Rom Anfang März besorgt über die Lage der drittgrößten Volkswirtschaft des Euroraums. Die Regierenden forderte er zu „zusätzlichen Anstrengungen“ auf.

In den vergangenen 6 Monaten sind die Wachstumsperspektiven auf Null oder darunter gesunken. In ihren jüngsten Prognosen geht die OECD davon aus, dass die Wirtschaftsleistung 2019 um 0,2 Prozent schrumpft. Für das Folgejahr erwartet sie ein verhaltenes Wachstum von 0,5 Prozent. Die Regierung in Rom sieht zwar heuer „ermutigende Konjunktursignale“, geht aber selbst nur noch von einem minimalen Wachstum von 0,2 Prozent aus. Gerechnet worden war mit einem Prozent.

Die verschlechterten Aussichten sind zwar auch die Folge eines weltweiten Abschwungs. Nach Einschätzung von Volkswirten wirkt sich aber auch die Wirtschaftspolitik der Regierungskoalition aus der rechten Partei Lega und der populistischen 5-Sterne-Bewegung (M5S)

negativ aus. „An diesen unerfreulichen technischen Daten trägt die jetzige Regierung zweifelsohne ein gerüttelt Maß an Mitschuld, wenngleich auch die Vorgängerregierungen hier natürlich nicht aus der Pflicht zu nehmen sind“, betont auch der Bozner Wirtschaftsexperte Walter Steinmair in seiner „WIKU“-Analyse (siehe Seiten 4 und 5). Denn die jetzige Regierung sei bislang insbesondere durch völlig utopische Projekte, wie jenes der allgemeinen Flat Tax und durch internen Streit aufgefallen.

Dass die Regierung die Rentenreform („Quote 100“) und das Bürgereinkommen durch ein höheres Haushaltsdefizit finanziert, führte zum Streit mit der Europäischen Union und schürte an den Finanzmärkten Ängste wegen Italiens extrem hoher Verschuldung. Menschen früher in Rente zu schicken oder Armen und Arbeitslosen über das den „reddito di cittadinanza“ Geld zukommen zu lassen, steigere nicht wirklich die Produktivität des Landes, warnten IWF und OECD. Die OECD hat Italien empfohlen, die Reformen zur Frühverrentung zurückzu-

nehmen, die Ausgaben für das Bürgereinkommen zu drosseln und schleunigst mehr Haushaltsdisziplin an den Tag zu legen. Italiens Schuldenquote liegt bei mehr als 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und damit mehr als doppelt so hoch wie die eigentlich zulässige Grenze in der Eurozone. Das Land ist mittelfristig gegenüber der EU verpflichtet, Schulden abzubauen.

Regierung setzt Hoffnungen in ihre Dekrete

Die Regierung allerdings sagt, dass sie mit ihren Maßnahmen auf jahrelange wirtschaftliche Stagnation und gestiegene Armut reagiere. Der Vorsitzende der 5 Sterne und Vize-Regierungschef Luigi Di Maio sieht in der OECD-Kritik eine Bestätigung, dass seine Regierung „die richtige Richtung“ einschläge. Wer Italien aus der Ferne eine Sparpolitik vorschreibe, solle erst einmal bei sich zuhause anfangen, sagte Di Maio. „Keine Einmischung, Danke. Wir wissen, was wir tun.“

(Fortsetzung auf Seite 4)

Die Regierung hofft, dass höhere Ausgaben im öffentlichen Sektor die Nachfrage erhöhen und so der Rezession entgegenwirken. Zudem setzt sie auf das „Wachstums-Dekret“ und weitere Maßnahmen, um die Bauwirtschaft und den öffentlichen Sektor anzukurbeln. Es besteht aber die Gefahr, dass all die Maßnahmen rein kosmetische Wirkung haben. Das „Wachstums-Dekret“ sieht neben Steuererleichterungen auch unkonventionelle Maßnahmen wie den Erlass von Bußgeldern für nicht bezahlte Verkehrsstrafen vor.

Der Fondsmanager Fabio Scacciavillani etwa glaubt nicht, dass Italien so seine Wirtschaft ankurbelt. Diese Regierung habe überhaupt keine Vorstellung, „wie auch immer die Wirtschaft in Gang gebracht werden könnte“, sagte der frühere IWF-Mitarbeiter dem Sender RAI.

Vor den Europawahlen Ende Mai schwächen zudem Querelen zwischen den Koalitionspartnern die Regierung. Einig sind sich M5S und Lega ausgerechnet in ihrer Feindschaft zu Finanzminister Giovanni Tria, der als Parteiloser versucht, einen mäßigen Ton in die Politik zu bringen.

Herausforderung Haushaltsplan

Die Haushaltsplanung für das kommende Jahr wird für die Regierung zu einer gewaltigen Herausforderung: Darin müssten die immensen neuen Ausgaben für die Sozialreformen ausgeglichen werden – es sei denn, Rom legt es auf einen weiteren Haushaltsstreit mit Brüssel an.

Nach Schätzung von Wolfgang Piccoli von der Denkfabrik Teeneo geht es bereits um 40 Milliarden Euro, die aufgebracht werden müssten, um den EU-Defizitziele von 2020 zu entsprechen und gleichzeitig das Regierungsversprechen einzulösen, Erhöhungen bei der Mehrwertsteuer zu vermeiden.

Ob das gelingt, ist mehr als fraglich. Wirtschaftsminister Giovanni Tria selbst hält eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für unabwendbar, sollte die Regierung Conte keine „alternativen Maßnahmen“ zur Defizitsenkung ergreifen.

Auch Finanzexperte Steinmair ist sich sicher: „Wenn die Flat Tax eingeführt werden sollte, dann wäre die in den letzten Jahren stets mit Mühe und Not verhinderte Erhöhung der Mehrwertsteuer wohl ein Muss.“

(dpa)

© Alle Rechte vorbehalten



Die mit der Einführung der Flat Tax verbundenen Erleichterungen werden wahrscheinlich durch Steuererhöhungen und Kürzungen bei Absetzbeträgen und Sonderausgaben ermöglicht. Ob die Steuerzahler unter dem Strich damit besser aussteigen, ist fraglich.

Shutterstock

Zwischen utopischen Ideen und Untätigkeit

ANALYSE: Warum Italiens Wirtschaftspolitik Sorgen bereiten muss



von Walter Steinmair*

Dunkle Wolken ziehen über Italiens Konjunkturland: Das Land kann die im Vorjahr gegenüber der Europäischen Union (EU) gemachten Versprechen nicht erfüllen.

Mit Mühe und Not hatte Italien Ende letzten Jahres ein Haushaltsverfahren durch die EU-Kommission verhindern können, mit Versprechungen, die allerdings von vornherein unrealistisch erschienen: Die Neuverschuldung sollte auf 2,04 Prozent beschränkt werden und es wurde ein Wirtschaftswachstum von 1,0 Prozent ins Auge gefasst.

Diese Einigung, so unrealistisch sie war, sollte vor allem Zeit verschaffen: Weder die EU noch Italien haben vor den EU-Parlamentswahlen vom 23. bis 26. Mai Interesse an einem offenen Konflikt.

Mitgliedstaaten unter Dauer-Beobachtung

Doch seit der großen Finanzkrise (2008 bis 2012) hat sich in Sachen Transparenz im europäischen Haushaltswesen einiges geändert: Seit 2011 gibt es das sogenannte Europäische Semester. Danach müssen die Mitgliedstaaten schon im ersten Halbjahr ihre Haushaltsentwürfe samt wirtschaftlichen Prognosedaten der EU-Kommission vorlegen, die damit rechtzeitig auf sich anbahnende Haushaltsprobleme reagieren kann. Die EU-Mitgliedstaaten stehen damit praktisch unter Dauerbeobachtung. Über die Achtung der Haushaltsdisziplin wird dauerhaft gewacht. Und der EU-Kommissar Valdis Dombrovskis hat in diesem Zusammenhang jüngst seinen Bedenken Ausdruck verliehen und wortwörtlich gesagt: „Ich mache mir wirklich Sorgen wegen Italien.“

Diese Sorgen fanden in den letzten Tagen kontinuierlich neue Nahrung: Die Neuverschuldung wird nämlich nicht 2,04 sondern 2,4 Prozent betragen – völlig inakzeptabel für die

EU. Denn diesen Wert hat die EU bereits im Vorjahr dezidiert abgelehnt. Und das Wirtschaftswachstum wird nicht 1,0 Prozent betragen, sondern ein Zehntel davon, nämlich 0,1 Prozent: viel zu wenig, um ernsthaft an den dringend nötigen Schuldenabbau zu denken.

Und wir bewegen uns – trotz abflauernder Wirtschaftsleistung – europaweit und international noch in einer relativ guten Konjunkturphase, und dies würde unweigerlich zu einer noch höheren Neu- und Gesamtverschuldung führen, über das ohnehin schon bestehende, untragbare Ausmaß von 133 Prozent hinaus.

Wo liegen die Ursachen dafür? An diesen unerfreulichen technischen Daten trägt die jetzige Regierung zweifelsohne ein gerüttelt Maß an Mitschuld, wenngleich auch die Vorgängerregierungen hier natürlich nicht aus der Pflicht zu nehmen sind.

Kommt die Flat Tax, kommt die höhere Mehrwertsteuer

Es ist sicher verkürzt, die Schuld auf die Märkte und auf

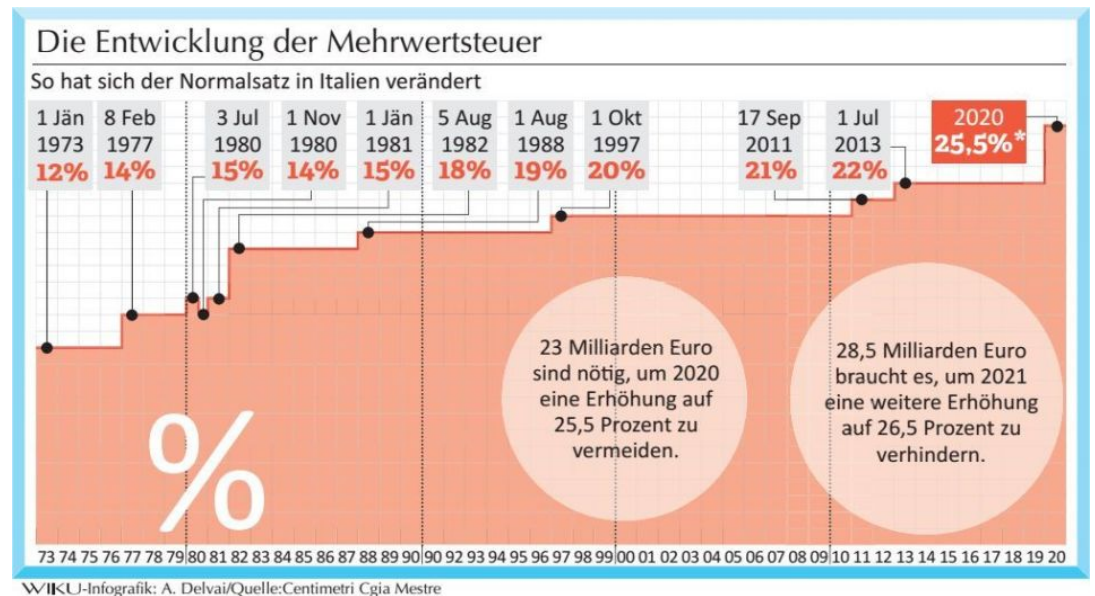
VERANSTALTUNG

„Wohin steuert Italien und ist überhaupt jemand am Steuer?“

Italien am Scheideweg: mit oder ohne Europa?“ Unter dieses Motto hat die Vereinigung der Südtiroler Freiberufler eine Veranstaltungsreihe gestellt, die vom 6. bis 13. Mai stattfindet. An 4 Abenden in Bozen, Meran, Bruneck und Brixen werden Experten unter anderem über die wirtschaftliche Lage Italiens diskutieren. „Noch vor einem Jahr schien es so, als wäre Italien imstande, seine Probleme in den Griff zu bekommen. Nun sind die alten Sorgen zurück. Die neue Regierung ist durch gewagte Versprechen aufgefallen und hat sich mit Europa und mit Frankreich angelegt“, heißt es vonseiten der Vereinigung der Freiberufler. Daher stellt sich die Frage: Wohin steuert Italien auf der Grundlage dieser neuen populistischen Politik? Ist überhaupt jemand am Steuer und wenn ja, hat er einen plausiblen Plan für die Zukunft des Landes? Solche und ähnliche Fragen werden bei der Veranstaltungsreihe erörtert werden. Ein weiteres Thema werden die europäischen Datenschutzregeln sein. Als Referenten konnten neben Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Walter Steinmair, Peter Glier, ebenso Wirtschaftsprüfer und Steuerberater und Präsident der Vereinigung der Freiberufler, sowie Rechtsanwalt Andreas Leitter und Rechtsanwältin Kathrin Stecher vom Raiffeisenverband gewonnen werden.

@ <http://www.vsf.bz.it/de/cms/52.htm>

Europa abzuschieben, so wie dies häufig auch in Regierungskreisen geschieht. Sicher: Auf den Finanzmärkten zahlt Italien über 3 Prozent für seine Staatsschulden, Deutschland hingegen 0 Prozent. Aber an dieser Zinsdifferenz tragen die italienischen Regierungen mit Schuld: Sie beruht einmal auf der hohen Verschuldung, insbesondere aber auch auf den wenig rosigen Perspektiven: Die jetzige Regierung ist bislang insbesondere



durch völlig utopische Projekte, wie jenes der allgemeinen Flat Tax und durch internen Streit aufgefallen.

In den nächsten 3 Jahren sollen laut dem kürzlich veröffentlichten Dokument über die Wirtschafts- und Finanzplanung (DEF) die Kosten für den Zinsdienst von 64 Milliarden (2019) auf 73,7 Milliarden (2022) ansteigen. Der Grund liegt in der starken Verunsicherung der Märkte aufgrund der fehlenden Haushaltsdeckung der geplanten Ausgaben. Die Zusatzkosten der neuen Pensionsregelung liegen 2019 bei 8,6 Milliarden, während sie in den nächsten Jahren bei jeweils 10 Milliarden liegen sollen.

Wenn auch noch die von der Lega geforderte Flat Tax eingeführt werden sollte, dann wäre die in den letzten Jahren stets mit Mühe und Not verhinderte Erhöhung der Mehrwertsteuer wohl ein Muss: Sie würde dann im Normalsatz von 22 auf 25,2 Prozent ansteigen, während der reduzierte Satz von 10 auf 13 Prozent angehoben werden müsste. Die Gesamtsteuerbelastung würde damit – anders als von der Regierung stets proklamiert – erheblich ansteigen.

Gleichzeitig herrscht völlige Untätigkeit, und die großen Bauvorhaben, die Italien dringend nötige neue Infrastrukturen garantieren sollen und zu denen sich dieses Land ohnehin bereits vertraglich verpflichtet hat, werden in Frage gestellt. Schrumpfende Einkommen reduzieren gleichzeitig den Binnenkonsum. Woher soll unter diesen Voraussetzungen ein Wachstumsimpuls kommen?

Große Hoffnungen werden gegenwärtig in das Wachstumsdekret gesetzt, das zu einer Wiedereröffnung der Baustellen



EU-Kommissar Valdis Dombrovskis sagte jüngst: „Ich mache mir wirklich Sorgen wegen Italien.“
APA/afp/ARIS OIKONOMOU

und zu einer Vielzahl an steuerlichen Anreizen führen soll, so zu einer Senkung der Gesellschaftssteuer IRES, erhöhten Abschreibungen, der Möglichkeit von Unternehmenszusammenschlüssen oder Steuerauschluss und weiteren Vergünstigungen für energetische und sicherheitstechnische Sanierungsmaßnahmen.

Aber selbst dann, wenn all diese Maßnahmen wirksam umgesetzt werden können, wird der davon ausgehende Wachstumsimpuls nicht mehr als einen weiteren Zehntelprozentpunkt der Gesamtwirtschaftsleistung – also 0,1 Prozent – ausmachen. Dies ist viel zu wenig, um den EU-Vorgaben genügen zu können. Es wird viel weitergehender struktureller Reformen bedürfen.

Steigen Steuerzahler mit der Flat Tax besser aus?

Finanzminister Giovanni Tria hat im Gleichklang mit Noten-

bankchef Ignazio Visco erklärt, dass die Einführung einer Flat Tax (in Höhe von 15 Prozent bis zu einem Einkommen von 50.000 Euro, dies scheint der letzte Vorschlag zu sein), nur dann möglich wäre, wenn das Steuersystem in seiner Gesamtheit abgeändert würde. Die mit der Einführung der Flat Tax verbundenen Erleichterungen würden also durch Steuererhöhungen und Kürzungen bei Absetzbeträgen und Sonderausgaben an anderer Stelle ermöglicht werden. Ob die Steuerzahler unter dem Strich damit besser aussteigen, erscheint zweifelhaft.

Die Abtragung des Schuldenberges und fehlendes Wachstum lassen im Endergebnis eher Zusatzbelastungen als Steuererleichterungen erwarten.

© Alle Rechte vorbehalten

*Walter Steinmair ist Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Bozen und Professor an der Universität Innsbruck.